Inhaltsverzeichnis

1 **Einleitung** ... 7

2 **Misslungener Frieden (1918/19)** ... 15
Vom Krieg zum Frieden ... 15
Deutsche Außenpolitik im Winter 1918/19 ... 20
Pariser Friedenskonferenz ... 22
»Versailles« ... 27

3 **Ringen um Stabilität (1919–1922)** ... 34
Erfüllungspolitik und Revisionismus ... 34
Streit um die Reparationen ... 39
Deutschland und der Osten ... 44
Genua und Rapallo ... 48

4 **Am Rand der Katastrophe (1923)** ... 53
Ruhrbesetzung ... 53
Ruhrkampf und Vermittlungsversuche ... 57
Abbruch des Kampfes ... 60
Konsolidierungsbemühungen ... 61

5 **Auf dem Weg nach Locarno (1924/25)** ... 65
Dawes-Plan und Londoner Konferenz ... 65
Abrüstungskonflikte ... 69
Deutschland und der Völkerbund bis 1925 ... 73
Locarno ... 77

6 **Strukturen, Tendenzen und Optionen deutscher Außenpolitik in der Weimarer Zeit** ... 86
Alte und neue Außenpolitik ... 86
Das Auswärtige Amt nach dem Ersten Weltkrieg ... 91
Kulturdiplomatie und Aktenedition ... 94
Außenpolitische Debatten in Deutschland ... 96

7 **Rückkehr zur Normalität? (1926–1928)** ... 102
Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund ... 102
Deutsch-sowjetische Beziehungen und Berliner Vertrag ... 105
Entspannungsversuche ... 109
Revision und Beharrung ... 112

8 **Erfolge und Fehlschläge (1929/30)** ... 119
Der Weg zum Young-Plan ... 119
Von Stresemann zu Curtius ... 122
Briands Europaplan ... 126
Vor der Krise ... 129

9 **Außenpolitik in der Endkrise der Republik (1930–1932/33)** ... 133
Kurswechsel ... 133
Zollunion mit Österreich? ... 137
Wirtschaftskrise und Außenpolitik ... 139
Ende der Reparationen – Ende der Republik ... 143

10 **Anhang** ... 151
Anmerkungen ... 151
Auswahlbibliografie ... 187
Abkürzungen ... 194
Register ... 195

1 Einleitung

Nach dem Waffenstillstand kehrten die Fronttruppen in die Heimat zurück. Hier Gardeschützen vor dem Brandenburger Tor in Berlin im Dezember 1918.

Die Geschichte der deutschen Außenpolitik zur Zeit der Weimarer Republik ist lange Zeit ein zentrales Thema der nationalen wie der internationalen Geschichtsschreibung nach 1945 gewesen, und gerade der westdeutschen Zeitgeschichte konnte und musste es seit den 1950er Jahren darum gehen, die Legitimität der neu entstandenen Bundesrepublik Deutschland in Abgrenzung von den wirklichen oder auch nur vermeintlichen Fehlleistungen der ersten deutschen Republik mit zu begründen – ›Bonn‹ sollte eben nicht ›Weimar‹ sein. Das Interesse der Zeithistoriker an der deutschen Geschichte jener vierzehn Jahre zwischen dem Spätherbst 1918 und dem Winter 1932/33 war zu wesentlichen Teilen hiervon bestimmt. Daraus resultierte das Problem einer spezifischen ›Nachkriegsoptik‹, zeitweilig auch einer gewissen ›Kalter Krieg‹-Perspektive, von der sich die deut-

sche zeithistorische Forschung lange Zeit nicht hat frei machen können. Das betraf etwa zentrale Fragen der Deutung wichtiger Aspekte der deutschen auswärtigen Politik der Weimarer Zeit: War Stresemann tatsächlich in erster Linie ein bedenklicher Revisionist und damit, wenn auch natürlich nur indirekt, ein Wegbereiter der Hitlerschen Expansionspolitik? Oder war er nicht doch ein positiv zu wertender Vorläufer der späteren Westbindungs- und Aussöhnungspolitik Adenauers? Markierte ›Rapallo‹ nicht den (auch vor 1990 von vielen als gefährlich angesehenen) Weg einer – vermeintlich typisch deutschen – ›Schaukelpolitik‹ zwischen Ost und West? Oder stellte jener Vertrag zwischen dem Reich und der Sowjetunion von 1922 nicht doch so etwas wie ein Stück außenpolitischer Handlungsfreiheit der seinerzeit stark bedrängten deutschen Republik wieder her?

Klischeebilder und damit auch stark zeitgebundene Fragestellungen jener Art gehören tatsächlich der zweiten Nachkriegszeit an; von ihnen sollte sich eine zeitgemäße Geschichtsschreibung, die aus der Perspektive eines neuen Jahrhunderts auf die uns inzwischen ferner gerückte Ära nach dem Ersten Weltkrieg zurückblicken kann, in jedem Fall frei machen.[1] Erledigt sein sollten heute eigentlich auch alle ›vom Ende her‹ argumentierenden, teleologisch orientierten Deutungen der Weimarer Epoche, die in der 1919 begründeten deutschen Demokratie lediglich eine in möglichst düsteren Farben gemalte »doomed republic«, eine »antechamber of the Third Reich« erkennen zu können meinen.[2]

Es gilt vielmehr, sich auf jene Epoche auf eine neue Weise und – soweit möglich – auch unvoreingenommen einzulassen. Egal, ob man die Jahre zwischen 1918/19 und 1932/33 nun, wofür einiges spricht, als Teil eines neuen dreißigjährigen europäischen Krieges begreift oder auch nicht[3] – klar dürfte jedenfalls sein, dass die 1920er Jahre, so Jürgen Osterhammel, zu einem »Jahrzehnt weltweiter Neuorientierung, zu einer Scharnierperiode zwischen den Jahrhunderten, jedenfalls in politischer Hinsicht«, geworden sind, und dies nicht zuletzt auch deswegen, weil »zwischen 1918 und 1945 … weltweit ungewöhnlich wenige

konstruktive und dauerhafte Problemlösungen gefunden« wurden.[4] *Warum* aber war dies so? Hierin wird man wohl *die* zentrale Frage zu sehen haben, ohne deren Beantwortung die Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts kaum zu verstehen ist.

Zuerst einmal kann man mit Peter Krüger von einem »Unvermögen, die europäische Staatenordnung neu zu fundieren«, sprechen: Das ist sicherlich in erster Linie auf die inneren Verhältnisse der damaligen Staaten Europas zurückzuführen, also auf die »Krisenerscheinungen«, auf die allgemeine »Not und Unsicherheit«, unter denen sie alle nach der Katastrophe des Großen Krieges zu leiden hatten und die es den leitenden Politikern und Diplomaten jener Zeit letztlich – trotz aller Anstrengungen – nicht möglich machte, »eine allen Beteiligten annähernd akzeptabel erscheinende europäische Neuordnung ... zu verwirklichen«.[5] Und dies wiederum hing, worauf Klaus Hildebrand aufmerksam gemacht hat, aufs Engste mit einem nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen allgemeinen Bedürfnis zusammen, »anstelle der nüchternen Suche nach vernünftigen Lösungen für die vielfältigen Probleme die umfassende Lösung von allen Übeln dieser Welt finden zu wollen. Die scheinbar rettende Flucht in die vermeintliche Geborgenheit der totalen Weltanschauung, in die Utopie des Endgültigen führte mit fataler Gleichzeitigkeit zu Überreaktion und Wirklichkeitsverlust.«[6]

Man darf in diesem Zusammenhang die – eigentlich selbstverständliche – Tatsache nicht unberücksichtigt lassen, dass für alle damals lebenden Zeitgenossen die Zukunft offen und unbekannt war, dass ihre Denk- und Erwartungshorizonte zugleich von Erfahrungen extremer Art geprägt waren, die es so niemals vorher gegeben hatte. Die individuellen und kollektiven Erfahrungen der bis dahin historisch einmaligen, säkularen Katastrophe des Weltkriegs wirkten tief in das allgemeine Bewusstsein hinein und bestimmten die politische Orientierung derjenigen, die den Krieg überlebt hatten.[7] Der Erste Weltkrieg hatte knapp neun Millionen Opfer gekostet; noch deutlich höher lag die Zahl der Verwundeten und der dauerhaft Kriegsinvaliden. Viele Millionen

Menschen hatten ihre Väter, Ehemänner, Verlobten, Söhne verloren – und damit auch eigene Erwartungen, Hoffnungen, Lebensperspektiven. Europa ging verarmt aus dem Krieg hervor; Vermögenswerte, die von mehreren Generationen in harter Arbeit erwirtschaftet worden waren, existierten nicht mehr. Das galt für alle Europäer, deren Länder am Krieg beteiligt gewesen waren.

Für die Deutschen, für die Österreicher sowie für die Angehörigen der anderen ›Verliererstaaten‹ sah es am Ende jedoch noch düsterer aus: Konnten die Franzosen, Briten und Italiener sich wenigstens als Sieger über einen Gegner fühlen, den sie mehr als vier lange Jahre lang mit einem immensen materiellen und personellen Aufwand, aber am Ende doch erfolgreich bekämpft hatten, so lastete auf den anderen die Schmach der Niederlage. Vor allem die Deutschen mussten sich als Ausgestoßene, als ›Pariavolk‹ im Nachkriegseuropa begreifen, denn der verhasste, ihnen aufgezwungene Friedensvertrag von Versailles schob ihnen nicht nur die Alleinschuld am Krieg zu – behaftete sie also mit einem schweren moralischen Makel –, sondern nahm ihnen auch alle Kolonien und dazu weitere, darunter rein deutsch besiedelte Territorien, gerade auch wirtschaftlich besonders ertragreiche Regionen wie Oberschlesien und das Saargebiet. Zuerst die horrenden Kriegskosten und anschließend die unmäßigen und kaum zu leistenden Reparationszahlungen, die das darniederliegende Land zu erbringen hatte, ruinierten innerhalb kurzer Zeit die Währung und führten dazu, dass Millionen von Deutschen auch noch die wenigen Ersparnisse verloren, die sie über den Krieg hatten retten können.

Es ist notwendig, dies alles zu erwähnen, um zu begreifen, in welch starkem Maße der grauenhafte Krieg und die überaus bittere Niederlage sowie deren Folgen ein »überwältigend großes Erlebnis- und Erfahrungsfeld für die meisten Deutschen«[8] gewesen ist, die noch kurz zuvor auf ihre Leistungen, Errungenschaften und Erfolge während des 19. Jahrhunderts so stolz gewesen waren. Das alles schien nun vorerst und vielleicht sogar endgültig vorbei zu sein; die Deutschland von den Siegermäch-

ten abgepressten riesigen Reparationssummen – so mussten es jedenfalls die damals Lebenden wahrnehmen – würden zur Folge haben, dass auch noch die nächsten beiden Generationen von Deutschen in kümmerlichster Armut zu leben hätten. Man hatte den Menschen nach eigener Empfindung also nicht nur die Vergangenheit und die Gegenwart, sondern dazu auch noch die Zukunft genommen.

Die daraus resultierende Verzweiflung, dazu das »Gefühl des Ausgestoßenseins und Bedrohtseins«[9], musste bei vielen, wenn auch nicht allen Deutschen fast zwangsläufig zu Überreaktionen, also zu Hass und Unversöhnlichkeit, zu Revanchegedanken und endlich auch zu politischer Radikalisierung führen. Und genau hiermit hängt es in erster Linie zusammen, dass alle ehrlichen Versuche einer wirklichen Ausgleichs- und beginnenden Aussöhnungspolitik zwischen den einstigen Hauptgegnern Deutschland und Frankreich, für die vor allem die Namen von Aristide Briand und Gustav Stresemann stehen, letzten Endes gescheitert sind[10], denn auch diesen beiden Politikern ist es – allen immensen Anstrengungen zum Trotz – nicht gelungen, aus dem langen Schatten von Versailles herauszutreten.

Die Gründe hierfür lagen sicher zuerst in der Natur des Versailler Friedensvertrags von 1919, der auch aus der Sicht heutiger, nationalistischer Engstirnigkeit wahrlich unverdächtiger Historiker »sicher mehr ein Diktat der Sieger als ein wirklicher Vertrag«[11] gewesen ist. Erstmals in der neuzeitlichen Geschichte wurden den Besiegten nicht nur ehrliche Friedensverhandlungen verweigert, sondern dazu auch noch Bedingungen diktiert, die kaum eine Perspektive für ein einigermaßen gedeihliches und friedliches Zusammenleben nach dem Krieg zu bieten schienen, sondern bei den Betroffenen nur Verzweiflung, Hass, Widerstand und den festen Willen zur möglichst baldigen Revision, wenn nicht zur Revanche hervorriefen. Schlechter konnten die internationalen Ausgangsbedingungen für die Nachkriegszeit damit kaum sein. Das alles aber war noch nicht einmal das Schlimmste. ›Versailles‹ wurde schon seit 1919 zum permanent

gebrauchten Argument Adolf Hitlers und des aufsteigenden Nationalsozialismus. Schon Ende 1930, nach dem ersten großen Reichstagswahlerfolg der NSDAP, stellte der Historiker Friedrich Meinecke fest, dass der Versailler Friede als »die letzte und stärkste Ursache des Nationalsozialismus«[12] anzusehen sei. Und Hitler selbst hat – durchaus in bewusster Verschleierung der eigentlich von ihm verfolgten politischen Fernziele[13] – in öffentlichen Kundgebungen seine politische Legitimation stets zuerst und vor allem aus dem bedingungslosen Kampf gegen ›Versailles‹ ziehen wollen: Öfter habe, so bemerkte er etwa in einer Rede am 30. Januar 1941, »kein Mensch erklärt und kein Mensch niedergeschrieben, was er will, als ich es getan habe, und ich schrieb immer wieder: *Beseitigung von Versailles*. Nicht darum, weil ich mir das in den Kopf gesetzt habe, sondern weil Versailles das größte Unrecht und die niederträchtigste Mißhandlung eines großen Volkes war, die die Geschichte überhaupt kennt, und weil ohne Beseitigung dieses Zwangsinstruments der deutschen Vernichtung jede künftige Lebenserhaltung unseres Volkes unmöglich gewesen wäre.«[14]

Der vielleicht entscheidende Schlüssel zum Verständnis der enormen Stimmengewinne der NSDAP Anfang der 1930er Jahre und der ›Machtergreifung‹ Hitlers liegt wohl nicht zuletzt in dessen geschickter und erfolgreicher Selbststilisierung zum konsequentesten und radikalsten Kämpfer gegen das ›Versailler Diktat‹. Dass mit ›Versailles‹ der Weg hin zum Zweiten Weltkrieg wenigstens mit ermöglicht wurde, kann heute als sicher gelten. So betonte etwa der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger anlässlich des 90. Jahrestags dieses Friedensschlusses: »Die Hauptverantwortung für den Krieg liegt bei Hitler. Aber das System von Versailles hat seinen Plan begünstigt. Jedes internationale System, das funktionieren soll, fußt auf zwei entscheidenden Elementen. Zum einen bedarf es eines Gleichgewichts der Kräfte, einer Art Equilibrium, welches es schwermacht, das System einfach aus den Angeln zu heben. Und es braucht ein Gefühl von Legitimität. Die Mehrzahl der beteiligten Staaten

muss überzeugt sein, dass die Ordnung, der sie sich verpflichtet fühlen sollen, im Prinzip gerecht ist. Versailles war in beiden Punkten ein Missgriff.«[15]

Mit einigem Glück und gutem Willen hätte es dazu nicht kommen müssen; die geschichtliche Entwicklung unterliegt keiner Zwangsläufigkeit, sondern enthält immer Möglichkeiten alternativen Handelns, die als solche allerdings erkannt und wahrgenommen werden müssen. Nur wurde nach dem Ersten Weltkrieg die Außenpolitik in den meisten Staaten nicht mehr, wie noch im 19. Jahrhundert, am sprichwörtlichen ›grünen Tisch‹ von einem kleinen Häuflein Außenpolitiker und Diplomaten entschieden, sondern als neuer bedeutender und prägender Faktor waren die – sich nicht zuletzt in Wahlergebnissen niederschlagenden – Stimmungen innerhalb der einzelnen Bevölkerungen hinzu gekommen. In der Öffentlichkeit musste fortan für außenpolitische Entscheidungen geworben, in den Parlamenten um die Zustimmung zu wichtigen Verträgen gerungen werden. Dieser Formwechsel der Außenpolitik machte die Durchführung bestimmter Entscheidungen erheblich schwieriger als früher, gerade wenn sie aus taktischen Gründen erfolgten und wenigstens kurzfristig einmal nicht zum sofort erkennbaren Nutzen des eigenen Landes auszufallen schienen.

Das alles waren gravierende Vorbelastungen für die deutsche und auch die internationale Geschichte der ersten Nachkriegszeit des 20. Jahrhunderts, die sich schon bald nach 1918/19 hemmend bemerkbar machten. Ohne sie ist die Entwicklung Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg im Allgemeinen und die Geschichte der deutschen Außenpolitik zwischen 1918 und 1933 im Besonderen nicht zu verstehen – und insofern gehören auch sie zum Thema »Versailles und die Folgen«.

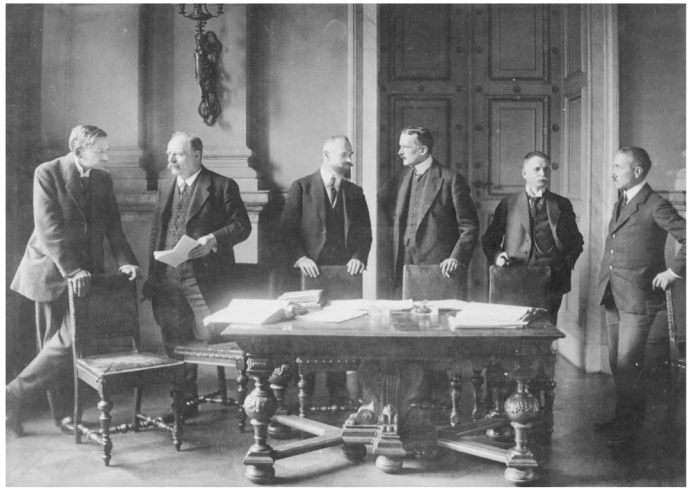
Eine knappe Gesamtdarstellung der Außenpolitik der ersten deutschen Republik, wie sie hier vorgelegt wird, kann kaum noch etwas wirklich Neues bringen. Sie vermag bestenfalls einige Akzente neu zu setzen, ausgetretene Pfade hier und dort

zu verlassen und gelegentlich der Interpretation bekannter Tatsachen eine neue Richtung zu geben; grundsätzlich ist sie um möglichst große Quellennähe bemüht. Und natürlich muss sie von einem speziellen ›Mut zur Lücke‹ bestimmt sein, denn begrenzter Raum zwingt zur Beschränkung auf das Wesentliche und Wichtige.

Ebenfalls weiß sie sich einer großen Schar von Forschern aus mittlerweise drei Generationen verpflichtet; auch nur die wichtigsten von ihnen hier aufzuzählen wäre vermessen. Stellvertretend seien hier nur die Namen von Andreas Hillgruber, Klaus Hildebrand, Gottfried Niedhart und Peter Krüger († 16. 9. 2011) genannt. Sie alle haben durch ihre grundlegenden Arbeiten und Interpretationen einer zeitgemäßen Deutung der Weimarer Außenpolitik unverzichtbare Anregungen gegeben.

Und ein weiterer Dank muss auch an die vielen fleißigen Editoren der ›Akten zur deutschen auswärtigen Politik‹ (ADAP) gehen, die in den vergangenen Jahrzehnten eine außerordentliche Fülle bis heute erst partiell ausgewerteten Materials ans Licht befördert haben – eine Leistung, die von der bisherigen Geschichtsschreibung nicht immer angemessen gewürdigt worden ist. Das vorliegende Buch jedenfalls weiß sich dieser großen Edition in mehr als einer Hinsicht dankbar verpflichtet.

2 Misslungener Frieden (1918/19)



Die deutsche Delegation für die Friedensverhandlungen in Versailles. Von links nach rechts: Walther Schücking, Johannes Giesberts, Otto Landsberg, Ulrich von Brockdorff-Rantzau, Robert Leinert und Karl Melchior.

Vom Krieg zum Frieden

Zu Anfang des Jahres 1918 schien sich die militärische Lage für die Mittelmächte, also das Deutsche Reich und seine Verbündeten, noch einmal zu verbessern. Am 3. März schloss Deutschland mit dem inzwischen bereits bolschewistisch beherrschten Russland den Separatfrieden von Brest-Litovsk. Die Bedingungen waren überaus hart: Polen, der größte Teil des Baltikums, Finnland und die Ukraine schieden fortan aus dem russischen Machtbereich aus, während die deutschen Besatzungstruppen im größten Teil dieser Gebiete vorerst verbleiben sollten. Am 7. Mai 1918 folgte im Vertrag von Bukarest auch der Friedensschluss der Mittelmächte mit Rumänien[1].

Im Innern Deutschlands und der mit ihm verbündeten Staaten sah es freilich zur gleichen Zeit weniger gut aus. Ende Januar

und Anfang Februar des Jahres war es vor allem in Deutschland und in Österreich in den großen kriegswichtigen Industrierevieren zu Massenstreiks gekommen, die nur mit großer Mühe hatten beigelegt werden können. Dennoch machte sich die deutsche politische und militärische Führung im Frühjahr, nachdem in militärischer Hinsicht im Osten der Rücken frei geworden war, noch einmal Hoffnung, durch massiven Einsatz aller verfügbaren Kräfte an der Westfront zu einem für Deutschland insgesamt noch günstigen Frieden gelangen zu können – nicht zuletzt, da die Amerikaner noch längst nicht alle ihre Einsatzkräfte und erst einen kleinen Teil ihres Kriegsmaterials nach Europa hatten bringen können.[2]

Doch die Ende März 1918 begonnenen letzten großen Offensiven des deutschen Heeres blieben, trotz nicht unerheblicher Anfangserfolge, schließlich stecken. Die Beweglichkeit der deutschen Truppen war mangels entsprechender Ausrüstung eingeschränkt und die Erschöpfung der zum Teil seit vier Jahren kämpfenden Soldaten war letztlich doch größer als von den Heerführern angenommen. Schon im April gelang es den vereinigten französischen und britischen Truppen, die Frontlücken erneut zu schließen, und im Juli und August kam es zu derart herben Rückschlägen für die Deutschen, dass nun ein Ende des Krieges unmittelbar bevorzustehen schien; seit dem 20. August war das deutsche Heer im Westen zum langsamen Rückzug gezwungen. Einen Monat später schieden als erste die Österreicher aus der Kampffront der Mittelmächte aus: Sie boten den alliierten Mächten am 14. September Friedensverhandlungen an; das Gleiche taten wenig später die Bulgaren und die Türken.

Doch erst am 28. September 1918 gelangten die beiden an der Spitze der Obersten Heeresleitung stehenden militärischen Führer, Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und der Erste Generalquartiermeister Erich Ludendorff, zu der Einsicht, dass der Krieg nun unwiderruflich verloren sei[3] und dass Deutschland an die Alliierten möglichst umgehend ein Angebot zum Waffenstillstand richten müsse.[4] Am 4. Oktober 1918 sandte

die Reichsregierung eine diplomatische Note an den US-Präsidenten Woodrow Wilson mit der offiziellen Bitte, »die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Anbahnung von Verhandlungen einzuladen«. Ebenfalls bat die deutsche Regierung, »um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ... den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen«.[5] Dass sich die deutsche Regierung dabei ausdrücklich auf das Friedensprogramm des politisch und militärisch stärksten Gegners bezog, machte zugleich unmissverständlich deutlich, dass man in Berlin den Krieg nun für endgültig verloren hielt.

Dieses Programm bestand aus den ›Vierzehn Punkten‹, die Woodrow Wilson erstmals am 8. Januar 1918 in einer Rede vor dem amerikanischen Kongress verkündet hatte[6] und die Deutschland nun als Grundlage eines künftigen Friedens zu akzeptieren bereit war: 1. Offene Friedensverträge und Abschied von traditioneller Geheimdiplomatie, 2. Freiheit der Schifffahrt auf den Weltmeeren, 3. gleiche und freie Handelsbeziehungen aller Nationen, 4. internationale Abrüstung auf ein Mindestmaß, 5. einvernehmliche Regelung aller kolonialen Streitfragen, 6. vollständige militärische Räumung Russlands, 7. Räumung und politische Wiederherstellung Belgiens, 8. Räumung Frankreichs und Rückgabe Elsaß-Lothringens, 9. Berichtigung der Grenzen Italiens nach dem Gesichtspunkt der Nationalität, 10. autonome politische Entwicklung der Völker Österreich-Ungarns, 11. Räumung und politische Wiederherstellung Rumäniens, Serbiens und Montenegros sowie Schaffung eines Zugangs zum Meer für Serbien, 12. autonome politische Entwicklung der Völker des Osmanischen Reiches, internationale Kontrolle der Dardanellen, 13. Neuerrichtung eines unabhängigen polnischen Staates mit freiem Zugang zum Meer, 14. Begründung einer internationalen »allgemeinen Gesellschaft von Nationen«, d. h. eines Völkerbundes.

Damit hatte die deutsche Regierung zumindest indirekt die Bereitschaft zu einem Friedensschluss signalisiert, der dem Reich den Verlust Elsaß-Lothringens sowie der Kolonien und vermutlich ebenfalls die Abtrennung weiterer Gebiete bringen würde. Freilich muteten die Militärs die Durchführung der jetzt anstehenden Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen den Politikern zu; die Übernahme der politischen Verantwortung für das sich abzeichnende Desaster scheuten Hindenburg und Ludendorff. Im Gegenteil: Bereits in diesen Tagen begann die sich später so verhängnisvoll auswirkende ›Dolchstoßlegende‹ zu entstehen,[7] die besagte, das Heer sei nicht an der Front vom Feind besiegt, sondern durch hinterlistige Aktionen politisch destruktiver Kräfte in der Heimat zu Fall gebracht worden; in der späteren Formulierung Hindenburgs: »Wie Siegfried unter dem hinterlistigen Speerwurf des grimmen Hagen, so stürzte unsere ermattete Front; vergebens hatte sie versucht, aus dem versiegenden Quell der heimatlichen Kraft neues Leben zu trinken«.[8] Diese schwarze Legende sollte zur schweren politischen Hypothek der neu entstehenden deutschen Republik werden.

Mit Blick auf die prekäre innenpolitische Lage und auch auf die bevorstehenden Friedensverhandlungen wurden in Deutschland nun endlich die lange versäumten innen- und verfassungspolitischen Reformen durchgeführt: Am 3. Oktober 1918 berief der Kaiser den als liberal geltenden Prinz Max von Baden zum neuen deutschen Reichskanzler;[9] in die von ihm gebildete Regierung traten Angehörige der Mehrheitsparteien des Reichstags ein: Nationalliberale, Linksliberale sowie Persönlichkeiten aus der Zentrumspartei und der SPD. Ende des Monats verabschiedete der Reichstag eine Reihe von verfassungsändernden Gesetzen, durch die das Deutsche Reich – nun freilich viel zu spät – von einer konstitutionellen in eine parlamentarische Monarchie umgewandelt wurde. Die wichtigste der neuen Bestimmungen setzte fest, dass der deutsche Regierungschef fortan im Rahmen seiner Amtsführung an das Vertrauen einer Mehrheit des Reichstags gebunden war.[10]